

Gerd Friedrich

Wachstumsschwäche und Strukturwandel als wesentliche Merkmale der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung in den alten Industrieländern*

Vorbemerkung

In den hochentwickelten Industrieländern begannen in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts weitreichende qualitative Veränderungen der Produktivkräfte. Seitdem befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft in tiefgreifenden Prozessen des Wandels. Der „Club of Rome“ spricht von Globaler Revolution, andere vom Übergang zur Postindustriellen Gesellschaft, dritte schließlich von der Herausbildung der Informationsgesellschaft. Unabhängig vom Begriff – weitgehende Übereinstimmung besteht darin,

- daß es sich um eine radikale Umwälzung der gesamten Produktions- und Lebensweise handelt,
- daß es globale Prozesse sind, d. h. weltweite Veränderungen, die alle Kontinente und Regionen in historisch kürzester Zeit erfassen,
- daß bei anhaltender Kapitaldominanz und Profitorientierung mit dieser Entwicklung soziale und ökologische Risiken und Krisen vorprogrammiert sind.

Das gewaltige Produktivitätspotential könnte neue Möglichkeiten für die Bekämpfung von Armut und Hunger, für die Beseitigung von Umweltschäden und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, für Arbeits erleichterung und Arbeitszeitverkürzung, für die Bekämpfung von Krankheit und Seuchen erschließen – kurzum den gesellschaftlichen Fortschritt befördern. Ohne Fortschritte in diese Richtungen in Abrede stellen zu wollen, kommen einem Bedenken in die Entwicklung, wenn man die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, die Polarisierung von arm und reich, den rücksichtslosen Umgang mit dem an sich schon diffizilen ökologischen Gleichgewicht dieses Planeten sieht.

* Aktualisierter, erweiterter und mit einem statistischen Anhang versehener Vortrag, gehalten in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz - Sozietät am 20. Februar 1997.

In diesen Gesamtprozeß, der in vielfältigen ökonomischen und sozialen Widersprüchen seinen Ausdruck findet, der die Gegensätzlichkeit der ersten und der dritten Welt verschärft, der von weiterer Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung begleitet wird, ist die ökonomische Entwicklung der alten Industrieländer eingebettet.

Die Konzentration auf das Thema gestattet es nicht, den Bezug zum Gesamtprozess immer herzustellen. Aber die Beschränkung auf eine Reihe ökonomischer Widersprüche in den Industrieländern erscheint insofern legitim, weil durch die Entwicklung dieser Länder der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts geprägt werden wird. Ein Anliegen dieser analytischen Betrachtung besteht darin, die Frage zu beantworten, ob ein spürbarer Abbau der Massenarbeitslosigkeit ohne grundlegende Veränderungen in Politik und Wirtschaft möglich ist.

In der analytischen Begründung wurde ausschließlich Datenmaterial der Bundesrepublik Deutschland angeführt. Die Entwicklung der anderen westeuropäischen Großmächte ist nahezu synchron verlaufen und auch für die USA und Japan weisen die ökonomischen Daten für den hier betrachteten Sachverhalt – Wachstumsschwäche und Strukturwandel – nur graduelle Unterschiede auf (vgl. hierzu den statistischen Anhang – Teil I.).

1. Der Sachverhalt

Betrachtet man die ökonomischen Eckdaten der letzten dreißig Jahre, so fallen zwei Tatbestände besonders ins Auge: Sinkende Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und Verschiebung des Gewichts der einzelnen Wirtschaftsbereiche.

So betrug der durchschnittliche jährliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in der BRD real

in den 60er Jahren	4,4%
in den 70er Jahren	2,7%
in den 80er Jahren	2,3%
in den 90er Jahren	1,8%.

Der Anteil der in der materiellen Produktion Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten betrug

1960	mehr als 60%
------	--------------

1980	noch 50%
1995	knapp 38%.

Im Jahre 1993 übertraf erstmals die Zahl der in den dienstleistenden Bereichen Beschäftigten (Banken, Versicherungen, öffentlicher Dienst, Bildungs- und Gesundheitswesen, Kultur u.a.) die Zahl der Beschäftigten in der materiellen Produktion, 1997 betrug das Verhältnis 45% : 36%.¹

2. Die Ursachen.

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bestimmen Dynamik und Struktur der zahlungskräftigen Nachfrage die Entwicklung der Produktion. Es ist daher naheliegend, die Ursachen für Veränderungen im Wachstum und in der Wirtschaftsstruktur in Veränderungen der Nachfrage zu suchen.

Für die Dynamik und Struktur der Binnennachfrage sind der private Verbrauch und die Investitionen entscheidend, die sich zum Teil wechselseitig bedingen – Nachfragezuwachs bei Privathaushalten führt zur Ausdehnung der Produktion, zu mehr Investitionen, damit zu mehr Arbeitsplätzen und wachsenden Einkommen, die sich wiederum in steigender Nachfrage niederschlagen. Wachstumsschwäche deutet darauf hin, daß dieser Zusammenhang in irgendeiner Weise gestört ist. Die einen führen die „Störung“ auf die Höhe der Steuern und Abgaben zurück, durch die die Einkommen der Privathaushalte und damit ihre Nachfrage geschmälert wird; das Argument ist insofern wenig überzeugend, als auch Steuern und Abgaben zu entsprechender Nachfrage führen – nur anders strukturiert. Die anderen meinen, die Löhne und Lohnnebenkosten seien zu hoch, so daß sich Investitionen für die Unternehmen nicht lohnen, es sei denn, sie führen zur Einsparung von Arbeitskräften; dieses Argument ist insofern nicht überzeugend, als sinkende Löhne zu sinkender Nachfrage führen und damit kontraproduktiv in bezug auf die Erweiterung der Produktion wirken. Die Wachstumsschwäche so einfach aus dem Zusammenhang von Einkommen, privater Nachfrage, Lohnkosten, Höhe der Abgaben und Steuern und Investitionen erklären zu wollen, greift offenbar zu kurz.

Tatsache ist, daß die Binnenmärkte in den hochentwickelten Industrieländern in den letzten 20–30 Jahren in der Tendenz nur mehr moderate Wachstumsraten zu verzeichnen haben. Hier wirkt ein ganzes Bündel von

Faktoren, das den Zusammenhang zwischen Einkommen – Nachfrage – Ausdehnung der Produktion – Investitionen zur Kapazitätserweiterung „stört“.

Nicht zu übersehen sind Sättigungsprozesse, die zur Stagnation des Inlandverbrauchs in zahlreichen Konsumgüterbranchen führen: Im Pro-Kopf-Verbrauch bei den Grundnahrungsmitteln gibt es seit fünfundzwanzig Jahren kaum mehr Steigerungen, der Einzelhandelsumsatz insgesamt stieg zwischen 1970 und 1990 nur noch schwach, stagniert faktisch seit dem „Vereinigungsboom“ in den neunziger Jahren, bei der Mehrzahl langlebiger technischer Konsumgüter ist ein so hoher Ausstattungsgrad der Haushalte erreicht, daß sich die Nachfrage im wesentlichen aus dem Ersatzbedarf ergibt (vgl. hierzu den statistischen Anhang, Teil II „Zur Entwicklung der Konsumtion“) – insgesamt zeichnet sich das Bild einer „Überflusgesellschaft“ ab: Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist für vier Fünftel der Gesellschaft mehr als gesichert, es herrscht ein entsprechendes Überangebot.

Die durch Einkommenssteigerungen ausgelöste zusätzliche Nachfrage konzentriert sich auf wenige Sektoren, etwa den Tourismus, die Kommunikation, die Mobilität, den Wohnkomfort und zahlreiche Dienstleistungen im Freizeitbereich. So stiegen z. B. die Ausgaben der Deutschen im Reiseverkehr mit dem Ausland von 10 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 80 Mrd. DM 1997 und damit etwa 1,5 mal so schnell, wie der private Verbrauch insgesamt².

Die Veränderungen in der Nachfrage nehmen ihren Ausgang in der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte – einem Anstieg der Anteile für Mieten und Wohnen (von 1963 bis 1995 von 11% auf 23%), für Verkehr und Kommunikation (von 8% auf 17%) stehen rückläufige Anteile bei Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern gegenüber³. Gleichzeitig liegt die Sparquote im Bereich des oberen und des mittleren Drittels aller Einkommensbezieher recht hoch – so wurden Ende der achtziger Jahre bei Haushalten mit einem Monatseinkommen zwischen 7.500 DM und 10.000 DM nur etwa 60%⁴ der Einkommen verbrauchswirksam. Alles das bremst die Binnennachfrage nach Konsumgütern, engt das Produktionswachstum ein und läßt es als wenig lohnend erscheinen, in zusätzliche Kapazitäten zu investieren.

Die tendenzielle Entwicklung des „privaten Verbrauchs“ insgesamt und die Struktur der Nachfrage ist natürlich auch von den Vermögens- und Einkommensverhältnissen abhängig: Die Polarisierung bei Einkommen

und Vermögen in den letzten zwanzig Jahren hat nicht gerade zu einem „Nachfrageschub“ geführt. Stärkere Impulse für den Konsumgütermarkt wären nur durch Einkommenserhöhungen der unteren Einkommensschichten zu erwarten, da die Deckung des Bedarfs bei vielen Erzeugnissen und Dienstleistungen in den höheren Einkommensgruppen weit fortgeschritten ist.

Die Folgen der Nachfrageschwäche auf der Angebotsseite sind vor allem chronische Überproduktion, „Überakkumulation“ in Gestalt von überschüssigen Produktionskapazitäten und Finanzmitteln. Damit werden Investitionen zur Kapazitätserweiterung abgebremst, akkumulierte Mittel werden verstärkt für Finanzanlagen, zur Fusionierung, zum Kauf von Konkurrenten, um sich ihre „Marktanteile“ anzueignen, und für die „Privatisierung“ vorher öffentlichen Eigentums genutzt. Damit treten die Investitionen als entscheidender Motor des Aufschwungs zurück. Sowohl in den achtziger, als auch in den neunziger Jahren übernehmen die Exporte die Funktion der „Lokomotive im Konjunkturzyklus“. Da aber die gesamte Kette vom privaten Verbrauch bis zu den Investitionen geschwächt ist, kommen – trotz des „Exportbooms“ – nur Zuwachsraten von 2–3% für die Volkswirtschaft heraus. Die große Industrie sucht für sich den Ausweg auf dem Weltmarkt – dementsprechend stieg der Exportanteil am Umsatz von Jahrzehnt zu Jahrzehnt: 1970 – 18% 1980 – 24% 1990 – 29% 1995 – 34%⁵. Die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung wird zu einem wichtigen Faktor des Strukturwandels.

3. Die Folgen

Marktsättigung, sinkende Wachstumsraten und struktureller Wandel haben gravierende Folgen:

1.) Die Produktivitätssteigerung in der Industrie übertrifft tendenziell die Steigerung der Produktion. Arbeitskräfte werden freigesetzt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften im tertiären Sektor reicht nicht aus, um die freigesetzten und die zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es entwickelt sich eine Sockelarbeitslosigkeit, d. h. eine Reservearmee, die auch in Zeiten der Konjunktur nicht mehr zum Einsatz kommt:

in der zweiten Hälfte der 70er Jahre 1 Mio.
 in der zweiten Hälfte der 80er Jahre 2 Mio.
 nach dem Anschluß der DDR 3 Mio.
 in der zweiten Hälfte der 90er Jahre 4 Mio. offiziell Arbeitsloser.

De facto fehlen zur Zeit 6–7 Mio. Arbeitsplätze. Die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit wurde damit zur größten ökonomischen und sozialen Herausforderung, die bereits mittelfristig den sozialen und politischen Konsens in dieser Gesellschaft zu zerstören vermag.

Ökonomisch kosten 100.000 Arbeitslose der Gesellschaft etwa 4 Mrd. DM – Gesamtkosten folglich z. Zt. etwa 160 Mrd. DM jährlich. Noch folgenschwerer ist, daß damit ein wachsender Teil der Bevölkerung dauerhaft ausgegrenzt wird. Ferner schrumpft die Basis der sozialen Sicherungssysteme, die auf der Erwerbsarbeit aufbauen.

2.) Mit der Marktsättigung verändert sich die Konkurrenzsituation: Aus einem „normalen Wettbewerb“ wird ein „Verdrängungswettbewerb“. Während bei einem expandierenden Markt auch schwächere Unternehmen noch im Geschäft bleiben, werden sie jetzt an den Rand und in den Konkurs getrieben. So erklärt sich die widersprüchliche Situation, daß einerseits Banken und Konzerne Rekordgewinne vermelden und andererseits die Zahl der Konkurse vornehmlich kleiner und mittlerer Unternehmen nie gekannte Größenordnungen erreichte. Bei einem Verdrängungswettbewerb ist jedes Mittel recht, um dem Konkurrenten seinen Marktanteil abzunehmen: Diskriminierung, Wirtschaftsspionage, Preisdumping, Bestechung, Lohndumping usw. usf. Der Konkurrenzkampf wird unter den Bedingungen gesättigter Märkte zum Wirtschaftskrieg. Das gilt auch für den Weltmarkt. In dieser Situation erwarten die Unternehmer eine entsprechende Unterstützung durch „ihren“ Staat – Verbesserung der „Standortbedingungen“ durch Lohn- und Sozialabbau. Mit der Standortdebatte wird zugleich eine nationale Schicksalsgemeinschaft beschworen – „Wir sitzen alle in einem Boot“ – und die Interessen des Kapitals erhalten den Rang nationaler Werte.

3.) Mit dem schwachen Wirtschaftswachstum verschärfen sich die Verteilungskämpfe, vor allem zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Das soziale Klima wird eisig. Arbeitslosigkeit und angeblich zu hohe Lohnkosten werden für den Lohn- und Sozialabbau instrumentalisiert. Als Argument in diesem Kampf wird die prekäre Lage einzelner Branchen und zahlreicher kleiner und auch

mittlerer Betriebe benutzt. Nur: die Kapitaleigner und die Schicht der „Besserverdienenden“ insgesamt konnten mit Regierung und Staat sehr zufrieden sein, denn bei einem nominellen Anstieg des Volkseinkommens auf das zweifache im Zeitraum von 1980 bis 1995 stiegen die Bruttoeinkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit auf das 2,5-fache, die Bruttolohnsumme dagegen nur auf das 1,8-fache. Noch krasser ist das Verhältnis bei den Nettoeinkommen – das 2,9-fache zum 1,6-fachen; hier wird zugleich deutlich, zu wessen Gunsten der Staat Umverteilung betreibt. Im gleichen Zeitraum stiegen die Aktienkurse deutscher Unternehmen auf das 3,5 -fache und das Geldvermögen privater Haushalte erhöhte sich auf das 3 -fache⁶.

Die Verteilungskämpfe führen bei Massenarbeitslosigkeit zur raschen Polarisierung von arm und reich.

4.) Die Verwertungsbedingungen des Kapitals haben sich grundlegend gewandelt. Die Industrie, bis in die 70er Jahre noch Hauptanlagesphäre, tritt in ihrer Bedeutung für die Verwertung des Kapitals zurück. Aber die Geldakkumulation wächst ungebrems – gegenwärtig steigt allein das Geldvermögen privater Haushalte um etwa 230 Mrd. DM jährlich. Dementsprechend sind Banken und Kreditinstitute auf der ständigen Suche nach profitablen Anlagefeldern. Hier bieten sich an:

- Die Privatisierung, um bisher vorwiegend der öffentlichen Hand vorbehaltene Tätigkeitsbereiche dem Privatkapital zugänglich zu machen. Es geht letztlich um die Unterwerfung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Interessen der Kapitalverwertung;
- die Staatsverschuldung – 2 Bill. DM Schulden der öffentlichen Hand bedeuten für das Finanzkapital jährlich etwa 120 Mrd. DM Zinsen – hier werden Steuern zur Quelle von „Einkommen aus Vermögen“.
- Konsum- und Baukredite für Privathaushalte – 1,5 Bill. DM, d. h. noch einmal jährlich etwa 120 Mrd. DM an Zinsen aus der Umverteilung;
- Finanzanlagen der verschiedensten Art – es gab in den letzten zwanzig Jahren eine gigantische Ausweitung des fiktiven Kapitals. Der spekulative Handel mit Devisen und mit sogenannten Finanzderivaten ist sprunghaft gestiegen und die Umsätze an den „deregulierten“ internationalen Finanzmärkten sind nahezu explodiert.

„Zentrum und Brennpunkt der kapitalistischen Wirtschaft haben sich von der Produktion von Gütern und Diensten in die Richtung von Kauf, Verkauf und Vermehrung von Finanzanlagen bewegt“.⁷

Zu den veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals gehört die Tatsache, daß sich die Geldkapitalbewegung von der realen Akkumulation gelöst hat, die Finanzmärkte verselbständigten sich gegenüber den Warenmärkten und die deregulierten internationalen Finanzmärkte ziehen einen immer größeren Teil des Geldkapitals auf sich, während die reale Akkumulation, von der letztlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze abhängt, in den alten Industrieländern zurückbleibt.

4. Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit

In einer Gesellschaft, die das Wirtschaftswachstum als Königsweg für mehr Beschäftigung favorisiert, muß man die Chancen für Wirtschaftswachstum untersuchen, um eine Aussage zur zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes treffen zu können.

Es liegt mir fern, zu unterstellen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik nicht weiter wachsen wird – aber in einer Zeit, in der Steigerungsraten von 2,5% bereits als großer Aufschwung gefeiert werden, ist es um den Abbau der Massenarbeitslosigkeit schlecht bestellt: Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen deutlich, – den jährlichen Zuwachs in der Arbeitsproduktivität und die Arbeitszeit als etwa gleichbleibend unterstellt – daß dauerhaft jährliche Steigerungsraten des Bruttoinlandproduktes von mindestens 3% notwendig wären, um einen spürbaren Rückgang der Massenarbeitslosigkeit zu erreichen.

Wo sollte eine solche massive Steigerung der Nachfrage herkommen, die einen derartigen Anstieg der Produktion bewirken würde? In den letzten Jahren kamen nicht zuletzt dank der „Sparpolitik“ der Bundesregierung Nachfrageimpulse fast ausschließlich von den Außenmärkten und das reicht nicht aus, um entsprechende Wachstumsraten zu erreichen.

Ferner: Maßgeblich für das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Zahlen für 1996 mögen extrem sein, aber sie sind zugleich charakteristisch: Zunahme des Bruttoinlandproduktes um 1,4%, Steigerung der Arbeitsproduktivität um 3,4% und Anstieg der Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr um 491.000.⁸

Alles spricht dafür, daß die Arbeitslosigkeit sich weiter verfestigen wird

– nicht zuletzt auch deshalb, weil die „stille Reserve“ des Arbeitsmarktes größer ist, als man gemeinhin bereit ist zuzugeben. Davon zeugt die Tatsache, daß bereits in der Vergangenheit in jenen Jahren, in denen die Zahl der Beschäftigten zunahm, der Rückgang der Arbeitslosen in keinem Verhältnis dazu stand: 1990/91 verbuchte die westdeutsche Wirtschaft durch den Anschluß der DDR Rekordzuwachsrate, wie seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr – 5,7% bzw. 5,0% (diese Zuwachsrate wurden mit der Deindustrialisierung und entsprechender Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland erkauft) – die Zahl der Beschäftigten stieg in Westdeutschland um etwa 1,2 Mio., die Zahl der Arbeitslosen ging nur um etwa 350.000 zurück. Nun könnte man einwenden, das lag an den Pendlern und Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. Betrachtet man frühere Jahre, so ergibt sich aber ein ähnliches Bild, ohne daß ehemalige DDR-Bürger dafür aufgerechnet werden können – 1988/89 ein Beschäftigungszuwachs um knapp 600.000, die Zahl der offiziell Arbeitslosen nahm demgegenüber nur um 200.000 ab; 1979/80 nahm die Zahl der Beschäftigten um mehr als 800.000 zu, die Zahl der in der Statistik ausgewiesenen Arbeitslosen aber nur um knapp 100.000 ab (Vgl. hierzu den statistischen Anhang, Teil I, Tabelle 5.)

Facit: Auch bei einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten ist die Aussicht auf eine entsprechende Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen ungewiß abhängig von der Altersstruktur der Bevölkerung und den Zu- und Abgängen im Bereich der „stillen Reserve“.

Da das Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, bleibt nur der Weg des Umbaus des Systems der Erwerbsarbeit, verbunden mit einer entsprechenden Senkung der Arbeitszeit. Wenn man die soziale Geißel dieser Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit, ernsthaft bekämpfen will, führt kein Weg daran vorbei, „Arbeit gerechter zu verteilen“.

In jüngster Zeit hört man häufig den Einwand, das die Entwicklung in den USA der Beweis dafür sei, daß es auch anders gehe: Durch Lohn- und Sozialabbau sei es gelungen, die Arbeitslosigkeit auf ein Normalmaß zu reduzieren. So sank die offizielle Arbeitslosenquote bei einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,6% im Zeitraum von 1992 bis 1996 von 7,5% auf 5,4%.⁹ Diese Zahlen bedürfen der näheren Analyse, denn wenn man gleiche Arbeitszeit unterstellt, würde das bedeuten, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität (pro Beschäftigten) in diesem Zeitraum gegen null ging. Des Rätsels Lösung dürfte sein, daß in nicht geringem Um-

fang eine Form der Unterbeschäftigung – die Arbeitslosigkeit – durch eine andere Form – die Teilzeitarbeit – ersetzt wurde, so daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Stunde sich nicht in einer entsprechenden Produktivitätssteigerung pro Kopf niederschlägt. Fachleute beurteilen die Arbeitsmarktsituation in den USA auch keineswegs so optimistisch, wie die neoliberale Presse:

„Die offizielle Arbeitslosenstatistik der US-Behörden hält MIT-Ökonom Thurow ... für bestenfalls irreführend, kaum mehr als Propaganda. Zu den sieben Millionen offiziell genannten Jobsuchern im Jahre 1995, die das Arbeitsministerium lediglich auf der Basis von Umfragen ermittelt, müßten weitere sechs Millionen gezählt werden, die eigentlich Arbeit brauchen, aber die Suche aufgegeben haben. Außerdem gebe es annähernd 4,5 Millionen Beschäftigte, die unfreiwillig als Teilzeitkräfte arbeiten. Rechne man nur diese drei Gruppen zusammen, fehle eigentlich schon für 14 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ordentliche Arbeit.

Auf einen Anteil von 28 Prozent wächst das Heer der Unterbeschäftigten, wenn man noch die Gruppen mit einbezieht, die nur phasenweise Arbeit haben: 10,1 Millionen Zeitarbeiter und Angestellte auf Abruf sowie 8,3 Millionen Selbständige, die als zumeist akademisch ausgebildete Fachkräfte nur selten genügend Aufträge haben. Dem entspricht die Verteilung der Einkommen. Schon ein knappes Fünftel aller Beschäftigten arbeitet zu Löhnen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, meldete die UNO-Arbeitsorganisation ILO. Die „working poor“, die arbeitenden Armen, sind inzwischen eine feste Kategorie der amerikanischen Soziologie. Gleichzeitig müssen die US-Arbeitnehmer heute im Durchschnitt länger arbeiten als ihre Kollegen in den meisten OECD-Ländern, sie genießen den geringsten Versicherungsschutz, und sie müssen am häufigsten Arbeitsstelle und Wohnort wechseln.“¹⁰

5. Die Globalisierung

Zweifellos sind für den Anstieg der Arbeitslosigkeit, für die Verschärfung des Konkurrenzkampfes und für die Veränderungen in den Verwertungsbedingungen des Kapitals Prozesse der Marktsättigung und Veränderungen in der Struktur der Nachfrage entscheidend. Zugleich ist der Einfluß der

weltwirtschaftlichen Verflechtung – Stichwort Globalisierung – auf alle diese Prozesse nicht zu übersehen. Das Wesen dieser Globalisierung kann man m. E. in wenigen Punkten zusammenfassen:

- Moderne Transport-, Informations- und Kommunikationstechnologien heben bisherige (Kosten- und Zeit-) Schranken für den internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Informationsaustausch auf. Damit werden neue Impulse für die internationale Arbeitsteilung ausgelöst und gewissermaßen die materiell-technischen Voraussetzungen für eine wesentlich engere ökonomische Verflechtung in der Weltwirtschaft geschaffen.
- Unter Führung der USA und der G7 wurde der Abbau nationaler, regionaler und internationaler Handelsbeschränkungen vorangetrieben und so die Bahn freigemacht für einen weltweiten Konkurrenzkampf bisher unbekannter Härte. Eine weitgehende Verschmelzung der Warenmärkte setzte ein und der ungehinderte Warenverkehr gipfelte in der Losung „Alles kann überall produziert und verkauft werden“.
- Mit Hilfe internationaler Finanz- und Handelsinstitutionen (insbesondere Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation) haben sich transnationale Konzerne und internationales Finanzkapital jene Rahmenbedingungen geschaffen, vor allem in Gestalt der „deregulierten“ Finanzmärkte, die für die grenzenlose Mobilität des Kapitals erforderlich sind. Damit wird Profitproduktion und -aneignung von „nationalen“ Beschränkungen, vor allem auch in Gestalt unbequemer Sozial- und Umweltstandards, befreit – der ganze Globus steht dem Kapital zur Ausbeutung zur Verfügung. Das ist m. E. der eigentliche Kern der Globalisierung auf ökonomischen Gebiet.
- Die Globalisierung öffnet den Weg zu einer neuen Art Imperialismus: Unter den von den G7 geprägten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beherrschen transnationale Konzerne und imperiale Finanzriesen die Märkte und die Kapitalbewegungen. Etwa ein Drittel des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wird innerhalb von Konzernen abgewickelt – mit idealen Voraussetzungen auf dieser Grundlage Preise, Löhne, Kapitalanlagebedingungen, Steuern und Abgaben zu beeinflussen, ja zu diktieren. So gelang es, den 500 größten „Global Players“ 1995 ihren Umsatz um 11% zu steigern – vierfach stärker, als die Weltwirtschaft insgesamt wuchs – und ihr Profit stieg in dem einen Jahr um 15%. 11 Ban-

ken und Kreditinstitute, Investmentgesellschaften und Pensionskassen üben über die internationalen Finanzmärkte einen ungeheuren Druck auf die Kapitalverwertung aus und tragen dazu bei, Sozial- und Umweltstandards nach unten zu nivellieren. Regierungen werden für „Wohlverhalten“ belohnt, bzw. für „Fehlverhalten“ bestraft durch entsprechenden Zu- oder Abfluß von Kapital, wie in der Asienkrise geschehen.

Strukturwandel und Verteilungskämpfe werden durch die Globalisierung verstärkt. So fallen lohnintensive Produktionen in Hochlohnländern der Konkurrenz aus Niedriglohnländern zum Opfer. Mit der Drohung abzuwandern kämpft das Kapital erfolgreich gegen Unternehmenssteuern und Sozialabgaben.

Aber man muß in diesem Bereich Wahrheit und Dichtung unterscheiden, denn die Globalisierung und die angebliche Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland werden im Verteilungskampf als „ideologische Keulen“ genutzt: Wenn man manche Berichte in den Medien verfolgt, hat man den Eindruck, der deutsche Markt wird von Billigprodukten aus Fernost überschwemmt und die deutschen Unternehmen schaffen massenhaft neue Arbeitsplätze in „Billiglohnländern“. Beides stimmt so nicht.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands, Export wie Import, erstreckt sich vor allem auf die westlichen Industrieländer, nicht auf „Billiglohnländer“. (Auch verdeutlichen die Daten des Außenhandels, daß „Globalisierung“ und „Regionalisierung“ Hand in Hand gehen: 75% des deutschen Außenhandels entfallen auf Europa). Da die Auslandsinvestitionen in erster Linie der Sicherung und Ausweitung des eigenen Absatzes dienen, ist es folgerichtig, daß der Hauptteil der deutschen Direktinvestitionen in jene Länder geht, auf deren Märkten auch ein erheblicher Teil des deutschen Exportes realisiert wird.

So ergibt sich beispielsweise für 1995 folgendes Bild deutscher Direktinvestitionen im Ausland, das der Vorstellung von der Schaffung neuer Arbeitsplätze in „Billiglohnländern“ direkt ins Gesicht schlägt: nur ein Bruchteil sind (arbeitsplatzschaffende) Industrieinvestitionen – fast ein Viertel entfallen allein schon auf Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften; es handelt sich überwiegend um Beteiligungen an bestehenden Firmen, der Aufbau neuer Kapazitäten gehört zu den Ausnahmen; nur etwa 16% entfallen auf 2. und 3. Welt – die Investitionen in den sogenannten Reformländern einschließlich der gesamten ehemaligen UdSSR erreichten

gerade mal das Volumen der deutschen Direktinvestitionen in den BENE-LUX-Ländern; die wichtigsten Zielländer deutscher Direktinvestitionen waren: Großbritannien, Frankreich, USA, Niederlande und Italien – auf diese fünf Länder entfielen mehr als 70% der Investitionen.¹²

Im Gegensatz zu der besonders Mitte der neunziger Jahre strapazierten Losung von der „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ steht die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb nicht schlecht da: Nicht nur, daß der jährliche Exportüberschuß von 22 Mrd. DM 1991 auf 122 Mrd. DM 1997 wuchs¹³, auch der Außenwert der DM stieg in den Jahren von 1985 bis 1995 dank hoher Exportüberschüsse, moderater Entwicklung der Lohnstückkosten und mäßiger Inflation gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern um durchschnittlich 35%, gegenüber dem Dollar um 130%.¹⁴

Aber es gibt Alarmsignale für die Zukunft, die keineswegs von zu hohen Löhnen und Sozialausgaben ausgehen: Unzureichende wissenschaftlich-technische Innovationskraft, damit verbunden ein Zurückbleiben im High-Tech-Bereich und eine zunehmende Überlegenheit der USA in den zukunftssträchtigen Sektoren von Wissenschaft und Wirtschaft. Solche Rückstände sind nicht verwunderlich, wenn man sich die im internationalen Vergleich unzureichende Förderung von Wissenschaft und Bildung, die zum Teil beklagenswerten Zustände an deutschen Hochschulen und Universitäten und auch die insgesamt zu geringen Aufwendungen der deutschen Großindustrie für Forschung und Entwicklung ansieht. Hinzu kommt, daß die starke Weltmarktabhängigkeit („Deutschland als Exportweltmeister“) die Labilität der Wirtschaft verstärkt und den Strukturwandel bremst – Deutschland hat den höchsten Industrieanteil unter den „alten“ Industrieländern. Aber auch die Länderstruktur des Exports wirft Fragen auf – die Präsenz auf den „Wachstumsmärkten“ Asiens und Lateinamerikas ist ungenügend.

6. Die Legenden von der „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“, von der „Unbezahlbarkeit des Sozialstaates“ sowie von den „Sachzwängen der Globalisierung“.

Verblüffend ist die Gleichschaltung der Medien bei der Interpretation der ökonomischen Entwicklung und die Beeinflußbarkeit der öffentlichen Meinung trotz entgegenstehender Fakten und Wirtschaftsdaten.

So sei hier in Bezug auf die obengenannten Legenden nur auf folgendes verwiesen:

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erzielen die Unternehmen die höchsten Exportergebnisse der deutschen Geschichte und auch die Exportüberschüsse sind rekordverdächtig – ein Ergebnis ungenügender Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes?

Die Sozialleistungsquote, d. h. der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt, lag 1975 bei 33,4% – sie liegt in den neunziger Jahren bei 33–34% – warum war das 1975 bezahlbar und ist heute unbezahlbar?

Und die Globalisierung, d. h. die absolute Mobilität des Kapitals, ist das Produkt der sogenannten Deregulierung und bewußt von der Politik herbeigeführt – keiner der verantwortlichen Politiker kann sich heute darauf berufen, daß das ein naturgegebener „Sachzwang“ sei.

Aber hinter den Legenden stehen jene objektiven Prozesse, die als Folgen der Marktsättigung, der Wachstumsschwäche und des Strukturwandels die wirtschaftliche und soziale Entwicklung prägen: Hält die Relation zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftswachstum an, dann schrumpft die Erwerbsarbeit. Experten schätzen ein, daß im nächsten Jahrhundert 20% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausreichen, um alle Waren und Dienstleistungen zu erzeugen, nach denen nachgefragt wird¹⁵. Der Sozialstaat wird dann tatsächlich unbezahlbar, wenn die Massenarbeitslosigkeit völlig aus dem Ruder läuft und ein Beschäftigungszuwachs in Normalarbeitsverhältnissen nicht mehr zu erreichen ist.

Von entscheidender Bedeutung für die Verteilungsspielräume des Sozialstaates ist das relativ schwache Wirtschaftswachstum und die Massenarbeitslosigkeit: Die Einkommensansprüche aus Vermögen sind vorrangig. Allein die Vermögenseinkommen in Privathaushalten wuchsen überproportional von 6 Mrd. DM im Jahre 1960 auf 217 Mrd. DM im Jahre 1997. – von 2,5% auf knapp 10% des Volkseinkommens. Da in den letzten zwanzig Jahren auch die „Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit“ überproportional stiegen, steht für die „abhängig Beschäftigten“ entsprechend weniger zur Verfügung

Aber die Ursachen und Folgen von Wachstumsschwäche und Strukturwandel werden in der offiziellen Argumentation nicht genannt, sondern Halbwahrheiten als Erklärungsmuster genutzt, die am Kern der Sache völlig vorbei gehen. Dies vor allem, weil die tatsächlichen Ursachen der gegen-

wärtigen Schwierigkeiten nur den Schluß zulassen, daß ohne soziale und ökologische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft die Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen nicht zu beseitigen ist.

Mit den Legenden wird der Eindruck erweckt, daß Lohnsenkung und Sozialabbau zugunsten höherer Wettbewerbsfähigkeit der Ausweg sei. Diese Legenden haben nicht nur den Vorzug, von notwendigen gesellschaftlichen Reformen abzulenken – sie lassen sich auch ausgezeichnet für den Verteilungskampf instrumentalisieren. Es ist die geistige Vorbereitung des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, der sich durch eine massive Polarisierung von arm und reich sowie durch die ökonomische Herrschaft einer exklusiven Elite auszeichnen wird.

Der soziale Abstieg breiter Bevölkerungsschichten ist im Vorreiterland dieser Entwicklung, den USA, deutlich zu sehen und wird selbst von (ehemaligen) Regierungsvertretern unumwunden eingeräumt „...die Kluft zwischen den Bezügen der Firmenmanager und der ihnen unterstellten Arbeiter (wird) immer größer. 1960 verdiente der Generaldirektor eines der hundert größten Industrie- und Handelsunternehmen der Vereinigten Staaten etwa vierzigmal soviel wie einer seiner Arbeiter. ... Ende der achtziger Jahre verdiente der Top-Manager ...93mal soviel wie der Fabrikarbeiter. Dieser Divergenz entspricht eine wachsende Ungleichheit in den Einkommen der Amerikaner insgesamt“.¹⁶

Die Argumentation über mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als Ursache der Arbeitslosigkeit und über zu hohe Abgaben und Steuern als Folge explodierender Sozialausgaben wird in ihrer Glaubwürdigkeit durch die Alltagserfahrung des Bürgers unterstützt, schließlich kennt jeder Firmen, die wegen zu hoher Kosten in den Konkurs gingen oder Arbeiter entlassen mußten.

Warum sollte dann nicht die ungenügende Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands die Ursache der Massenarbeitslosigkeit sein? Und die Steuern und Abgaben stiegen für die Arbeiter und Angestellten seit Jahren und Jahrzehnten in schnellem Tempo – sind zu hohe Sozialausgaben nicht eine plausible Erklärung dafür?

Was der Bürger in der Regel nicht weiß, ist, daß sich die Unternehmen dank der Steuerpolitik der Regierenden zunehmend aus der Finanzierung des Staates zurückgezogen haben und der Staat einen Teil seiner Sozialaufwendungen auf den Bürger übertragen hat. Bei der Finanzierung des Sozial-

budgets gelang die Entlastung der Unternehmen bisher nicht – ihr Anteil liegt nach wie vor bei etwa 30% – es gab nur eine Verschiebung zwischen „Privathaushalten“ und „Staat“ – um so heftiger tobt jetzt die Auseinandersetzung um die Sozialabgaben der „Arbeitgeber“, mit dem Ziel, auch einen Teil dieser Abgaben zu senken und damit die Sozialleistungen zu kürzen oder sie den „Arbeitnehmern“ allein zu übertragen (Vgl. hierzu den statistischen Anhang Teil III).

Insgesamt ist die Belastung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte durch die mit der Gesetzgebung zu Steuern und Abgaben betriebene Politik der Umverteilung von unten nach oben beträchtlich gestiegen. Es ist der Gipfel der Infamie, daß das Resultat dieser Umverteilungspolitik nun als Argument für den Sozialabbau benutzt wird, nach dem Motto „der Sozialstaat ist unbezahlbar“.

Aber die Legenden zum Wirtschaftsstandort und zur Unbezahlbarkeit des Sozialstaates stützen sich nicht nur auf Halbwahrheiten – mitunter werden auch die Tatsachen auf den Kopf gestellt. So ist der unbefangene Presseliker sicher der Meinung, daß die Sozialaufwendungen, wenn schon nicht explodiert, so doch überproportional angestiegen sind. Das ist aber für den Gesamtzeitraum von 1975–1997 kaum der Fall – lag die Sozialleistungsquote 1975 bei 33,4%, so ist sie bis 1997 nur um ein Prozent auf 34,4% gestiegen. Wenn es einen überproportionalen Anstieg der Staatsausgaben gab, dann bei den nicht sozialbedingten Ausgaben. (Dank einer völlig verfehlten Finanzierung der „Einheit Deutschlands“ sind z. B. die Zinszahlungen für die Schulden der öffentlichen Hand von 64 Mrd. DM im Jahre 1990 auf 136 Mrd. DM im Jahre 1997 gestiegen.)

Wie weit die offizielle Argumentation von den tatsächlichen Ursachen der sozialen Probleme entfernt ist, zeigt sich nicht zuletzt in der Argumentation zur Rentenreform: Die demographische Entwicklung zwingt dazu, daß Rentenniveau zu senken. Wenn man ehrlich wäre, müßte man sagen, da wir die Massenarbeitslosigkeit weder heute noch morgen in den Griff bekommen werden, müssen wir, um zu verhindern, daß immer weniger Arbeiter und Angestellte, vor allem aber die Unternehmen mit ihrem Anteil an der Sozialversicherung, für die Rentner bezahlen müssen, das Rentenniveau so rasch wie möglich senken. Alle Berechnungen zeigen, bei Vollbeschäftigung wären weder das Rentenniveau, noch die Finanzierung der Krankenversicherung ein Problem!

In jüngster Zeit ist an die Stelle der Forderung, Opfer zu bringen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland (sie wird bei den Exporterfolgen mehr und mehr unglaublich), verstärkt die Argumentation getreten, alles müsse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit untergeordnet werden (was ja wünschenswert wäre): Lohn- und Sozialabbau seien notwendig, weil die Arbeit in Deutschland zu teuer sei – wird sie billiger, dann wird auch nach mehr Arbeit nachgefragt werden; werden dann noch die Spitzenverdiener steuerlich entlastet, wird mehr investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen.

Dabei wird außer acht gelassen, daß mehr Investitionen und mehr Arbeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur dann einen Sinn machen, wenn die mit ihrer Hilfe erzeugten Produkte und Leistungen auch einen Abnehmer finden.

„Trotz aller Exporterfolge investieren die Firmen kaum in neue Fabriken und Anlagen, weil sie für deren Produkte keine Nachfrage sehen. An den Zinsen liegt es Jedenfalls nicht (und an den Löhnen auch nicht G. F.), wenn die Unternehmen sich so zögerlich verhalten... Den Grund für die Zurückhaltung der Investoren sehen die Frankfurter Währungshüter (die Bundesbank G. F.) vielmehr darin, daß die Industrie schon im Zuge der deutschen Vereinigung ihre Kapazität kräftig ausgebaut hatte. Jetzt besitzen viele Firmen ausreichend Reserven, um die starke Nachfrage aus dem Ausland zu decken.“¹⁷

Wenn das Argument mit der Lohnhöhe zutreffend wäre, ist es überhaupt nicht verständlich, warum die höchste Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu verzeichnen ist, obwohl dort die Löhne bis zu 20% und mehr unter westdeutschem Niveau liegen.

Die neue rot-grüne Bundesregierung begründet nun ihre Politik des Sozialabbaus mit der Notwendigkeit, die Staatsverschuldung abzubauen. Bundeskanzler Schröder erklärte mehrfach „alle müssen den Gürtel enger schnallen“. Wirklich alle? Wächst unsere Wirtschaft überhaupt nicht mehr, so daß es nichts zusätzlich zu verteilen gibt? Aber wenn es etwas zu verteilen gibt – wer eignet es sich an? Tatsache ist, daß der Zuwachs des Volkseinkommens nicht ausreicht, um die Einkommensansprüche der Kapitaleigner, der Unternehmer und der „Leistungsträger der Gesellschaft“, der Arbeiter und Angestellten sowie der auf Transferleistungen Angewiesenen – Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger – gleichermaßen zu befriedigen.

In den Jahren 1992 bis 1997 wuchs das Volkseinkommen durchschnittlich pro Jahr um knapp 90 Mrd. DM – insgesamt um 520 Mrd. DM. Wie wurde dieser Zuwachs verteilt? Knapp 250 Mrd. DM – 48% – für „Nettoeinkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen“, 160 Mrd. DM – 31% – für die Sozialversicherung 80 Mrd. DM – 15% – für Nettolöhne und -gehälter der „abhängig Beschäftigten“ und 30 Mrd. DM – 6% – für direkte Steuern – d. h. der größte Teil des Einkommenszuwachses floß in die Taschen „unternehmerisch Tätiger“, deren Zahl nur geringfügig stieg, während die Zahl der „abhängig Beschäftigten“ um etwa zwei Millionen zurück ging, die Zahl der Arbeitslosen und Rentner um circa vier Millionen zunahm – was sich natürlich in der Einkommensverteilung, insbesondere im Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge bemerkbar machte. Nun verteilt die Bundesregierung Steuergeschenke vor allem zugunsten des oberen und mittleren Drittels der Einkommensbezieher und zu Lasten der Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Es ist m. E. mehr als zweifelhaft, ob diese Umverteilung Wirtschaftswachstum und Konjunktur so befördern, daß damit ein Abbau von Arbeitslosigkeit möglich wäre. Aber die Polarisierung in den Einkommensverhältnissen wird mit Sicherheit verstärkt.

7. Die Krise des Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion

Betrachtet man die aktuelle Wirtschaftsentwicklung im historischen Kontext, so könnte man davon sprechen, daß der Kapitalismus nach dem Niedergang des alternativen Gesellschaftssystems in Europa auf dem Wege zur Normalität sei: Jahrzehnte ohne industrielle Reservearmee, mit hohem Standard sozialer Sicherheit, das ist in der mehrhundertjährigen Geschichte des Industriekapitalismus absolut unnormal – Vollbeschäftigung gab es immer nur im Zusammenhang mit Kriegen und Kriegsfolgen.

Aber eine solche Einschätzung wird m. E. dem derzeitigen Umbruch nicht gerecht, obwohl sie nicht völlig von der Hand zu weisen ist: Es ist die Krise des Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion – der „Fordistischen Produktionsweise“ im allgemeinen, der „Sozialen Marktwirtschaft“ bzw. des „Wohlfahrtsstaates“ im besonderen – auf Deutschland bzw. Europa bezogen.

Das Wesen dieses Reproduktionstypus besteht in dem wirtschaftspoliti-

schen Versuch der Verbindung von Massenproduktion und Massenverbrauch über eine stärkere Beteiligung der „Arbeitnehmer“ an dem erwirtschafteten Einkommen sowie über ein höheres Maß an sozialer Sicherheit, was nicht nur den Zusammenhalt in der Gesellschaft festigt, sondern auch die konsumtive Nachfrage stabilisiert, um so den Grundwiderspruch kapitalistischer Reproduktion – die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion bei beschränkter Massenkaufkraft – zumindest zeitweilig zu lösen.

Für diesen Weg gab es zwei handfeste politische Gründe – die Erfahrungen der dreißiger Jahre, in denen „Marktversagen“ katastrophale ökonomische, soziale und politische Folgen hatte, und der Systemwettbewerb, in dem es galt, die Überlegenheit kapitalistischer Marktwirtschaft unter Beweis zu stellen. Aber es gab auch einen sehr triftigen ökonomischen Grund: Die Verbindung von Massenproduktion mit steigenden Masseneinkommen versprach ein ungehemmtes Wirtschafts- und damit Profitwachstum.

Die wirtschaftspolitischen Ziele dieses Reproduktionstyps werden als „Magisches Viereck“ beschrieben: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz.

Die „soziale Marktwirtschaft“ beruht in der Tat auf hohem Wirtschaftswachstum, auf Vollbeschäftigung und entsprechenden Verteilungsspielräumen – werden diese Ziele verfehlt, wird es kritisch. Die Krise dieses Reproduktionstypus mußte einsetzen, je stärker relative (d. h. mit den jeweiligen Einkommens- und Vermögensverhältnissen verbundene) Marktsättigung mit absoluter Überfüllung von Märkten (und dementsprechenden Rückgang der Wachstumsraten der Produktion) in den Industrieländern einherging.

Der Akkumulations- und Regulierungsmechanismus, der Produktion, Aneignung und Wiedereinsatz des gesellschaftlichen Reichtums regelt, und die Verteilung der Arbeit und der Einkommen auf die gesellschaftlichen Klassen und Schichten bestimmt, funktioniert nicht mehr in der bisherigen Weise.

Das direkte Resultat des Überangebotes an Waren und Dienstleistungen sind verschärfter Wettbewerb, Preisdruck, sinkende Profitraten und nicht voll genutzte Produktionskapazitäten. Damit werden die Investitionen gebremst – der reale Wert der jährlichen Anschaffung neuer Ausrüstungen

in den Unternehmen hatte sich in den zehn Jahren von 1960 bis 1970 verdoppelt, in den folgenden zwanzig Jahren stieg er nur mehr um knapp 75% und nach dem Vereinigungsboom sank er bis 1997 um mehr als 10%¹⁹ – und das gilt insbesondere für Investitionen in neue Arbeitsplätze. Die neue Qualität dieser Entwicklung in den neunziger Jahren gegenüber den zwei vorangehenden Jahrzehnten besteht darin, daß in den siebziger und achtziger Jahren die Zahl der Beschäftigten mit Ausnahme der Krisenjahre immer noch, wenn auch geringfügig, stieg – im Zeitraum von 1991 bis 1997 sank die Zahl der Arbeiter und Angestellten nahezu kontinuierlich von Jahr zu Jahr um fast 3 Mio. Beschäftigte²⁰.

Der „Überakkumulation“ in der Realwirtschaft folgt die „Überakkumulation“ in der Finanzwirtschaft: Da das Geldkapital im Gegensatz zu den Investitionen ungebremst wächst – im Zeitraum von 1980 bis 1997 stieg allein das Geldvermögen der privaten Haushalte von 1,5 Bill. DM auf 5.3 Bill. DM und damit 1,5 mal so schnell, wie das Volkseinkommen²¹ – werden zunehmend neue Anlagefelder gesucht und erschlossen. Hierzu gehört die „Privatisierung“ ebenso, wie die Schaffung neuer Formen von Finanzanlagen. Ein nicht unbedeutender Teil der verfügbaren Finanzmittel wird für die Finanzierung der wachsenden Staatsschuld verwendet und schließlich befinden sich bedeutende Bestände des Geldkapitals in den Händen „institutioneller Anleger“ auf den deregulierten internationalen Finanzmärkten, „rund um den Globus“, im Traumland des Casino - Kapitalismus.

Der Versuch der Regierung, die Wirtschaft mit Hilfe der Instrumente der sogenannten Globalsteuerung wieder auf den Wachstumspfad zurückzubringen, scheiterte in den siebziger Jahren. Hier hatte man versucht, durch abgestimmte Maßnahmen der Geld-, Finanz- und Haushaltspolitik – Entlastungs- und Fördermaßnahmen für die Unternehmen, Kreditaufnahme des Staates, um durch zusätzliche staatliche Investitionen die Nachfrage anzukurbeln, „Politik des billigen Geldes“, um durch Niedrigzinsen Verbrauch und Investition zu stimulieren u. v. a. m. – das Wirtschaftswachstum zu fördern. Auf den Vorwurf, damit fördere er nur die Inflation, soll Bundeskanzler Helmut Schmidt geantwortet haben: „Lieber 4% Preissteigerung, als 4% Arbeitslose“. Aber gegen Ende seiner Regierungszeit gab es fast 7% Arbeitslose und die Inflationsrate lag in den Jahren von 1975 bis 1981 mit durchschnittlich jährlich mehr als 4,5%²² über der jedes vorangegangenen Zeitraumes in der BRD. Es war eben keine normale Überpro-

duktionskrise, die Mittel der „Globalsteuerung“ versagten und das Wort von der „Stagflation“ – Stagnation + Inflation – machte die Runde. Die Wachstumsschwäche der Wirtschaft führte zu höherer Staatsverschuldung, da die Regierung bemüht war, die so verursachten Steuerausfälle durch höhere Kreditaufnahme und nicht durch Ausgabenkürzung, die ja zusätzlichen Rückgang von Nachfrage bewirkt hätte, auszugleichen. Die heute weit verbreitete Vorstellung, der Sozialstaat belaste die Wirtschaft, stellt die Dinge auf den Kopf: Es war und ist die Schwäche der Wirtschaft, die die Staatsverschuldung und die Sozialaufwendungen in die Höhe treibt.

Unbeschadet von der Frage, ob staatliche Globalsteuerung überhaupt ein wirksames Instrument gegen Wachstumsschwäche ist, muß man sagen, daß heute die Möglichkeiten des Staates durch Wirtschaftspolitik regulierend auf die Wirtschaft einzuwirken durch drei Umstände gegenüber den Nachkriegsjahrzehnten wesentlich eingeschränkt ist:

1. Die durch die Globalisierung grenzenlose Mobilität des Kapitals zwingt jede Regierung bei all ihren Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Finanzkapitals im Auge zu behalten, will sie nicht eine massive Kapitalflucht mit ihren ökonomischen Folgen riskieren. Damit rückt die Geldwertstabilität auf Rang 1 der Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik. So wurde es auch mit den Maastricht – Kriterien für den „Euro“ festgeschrieben.

2. Die Staatsverschuldung, nunmehr 2,2 Bill. DM (1997)²³, schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates in mehrfacher Hinsicht ein. Nicht zuletzt die Maastricht-Kriterien, aber auch die wirtschaftliche Vernunft, sprechen gegen eine höhere Kreditaufnahme. Die vorhandene Zinsbelastung – 1997 136 Mrd. DM²⁴ – zwingt, will man Steuererhöhungen aus dem Wege gehen, zur Sparsamkeit in öffentlichen Haushalten (welche Bereiche von Kürzungen getroffen werden, hängt von den Prioritäten der Politik ab).

3. Die mit der Globalisierung verschärfte Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte zwingt die Regierung in allen Belangen, insbesondere in der Steuer- und Abgabepolitik, den Interessen der Unternehmen Rechnung zu tragen. Zugleich sind ihr in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik insoweit die Hände gebunden, wie dadurch die Profitaussichten der Unternehmen geschmälert werden könnten.

Muß der „transnationale Kapitalismus“ zwangsläufig zur Ohnmacht der Nationalstaaten, insbesondere auf sozialem und ökologischem Gebiet,

führen? Internationalisierung der Wirtschaft schafft Abhängigkeiten, aus denen man nicht einfach aussteigen kann. Diese Abhängigkeiten werden noch verstärkt, wenn man zu gemeinsamen Wirtschaftsräumen und Währungssystemen übergeht. Aber ungeachtet dessen wird der größere Teil des Produktes im Lande erzeugt und realisiert, ist das ökonomische Potential der Nationalstaaten, mit dem sie Angebot und Nachfrage, Einkommensstrukturen, Investitionen beeinflussen, eher im Wachsen begriffen, und schließlich tangieren viele Felder staatlicher Regulierung die internationalen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt nicht. Darüber hinaus gibt es das spürbare Bedürfnis, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in Europa gemeinsam zu betreiben. Wenn es gelänge, sich auf der Ebene der europäischen Union hierzu zu verständigen, würden sich auch neue Möglichkeiten einer sozial verträglicheren Entwicklung ergeben.

Die Umverteilung von Arbeit und Einkommen schlägt sich in der Mehrzahl der hochentwickelten Industrieländern im letzten Viertel dieses Jahrhunderts in Arbeitslosigkeit, Staatsschulden, Sozialabbau und Polarisierung von arm und reich nieder

So betrug die offizielle Arbeitslosenrate 1998 in Deutschland 11,1%, in Frankreich 11,8%, in Großbritannien 6,5%, in Italien 12,2%, in Spanien 19,1%, in den USA 4,6%²⁵. Die Arbeitslosenzahlen spiegeln die Krise des Systems der Erwerbsarbeit nur zum Teil wider – der Anteil der niedrigentlohnenden und der sozial ungeschützten Arbeitsverhältnisse wächst in schnellem Tempo und die Unterbeschäftigung in Form nicht gewollter Teilzeitarbeit nimmt zu.

Die Staatsverschuldung betrug, gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, 1997 in den Hauptländern des Kapitals: USA 61,5%, Kanada 93,8%, Deutschland 61,9%, Frankreich 58,1%, Großbritannien 57,0%, Italien 122,3%, Japan 87,1%²⁶.

Massenarbeitslosigkeit, Staatsschulden und Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ bedrohen die solidarischen Sozialversicherungssysteme, die auf der Erwerbsarbeit aufbauen, und führen zu Leistungseinschränkungen. Die Forderung nach privater Vorsorge gegenüber den Lebensrisiken wird immer lauter und die Regierungen kürzen mit dem Verweis auf die Staatsschulden soziale Leistungen. Der „Sozialstaat“ droht sich zunehmend in einen „Wettbewerbsstaat“ zu verwandeln, dessen erste Aufgabe darin besteht, am jeweiligen Standort für die besten Bedingungen der Ka-

pitalverwertung Sorge zu tragen. Das Modell des Europäischen Sozialstaates, der die Nachkriegsgesellschaft prägte, scheint am Ende seiner Kraft und die soziale Differenzierung schreitet voran (obwohl sicher noch über Jahrzehnte Elemente des Sozialstaates erhalten bleiben, denn so rasch lassen sich tief verwurzelte soziale Institutionen nicht beseitigen).

Diese Entwicklung hat ihre „Gewinner“ und „Verlierer“: Während die Konzentration der großen Kapitalvermögen in den Händen weniger rasch zunimmt, Spitzenkräfte der Wirtschaft, des Show – Business und des Leistungssportes siebenstellige Jahresgagen kassieren, die „Einkommen aus Vermögen“ wesentlich schneller wachsen, als die Löhne und Gehälter, wird eine zunehmende Zahl von Menschen ausgegrenzt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

„Verlierer“ sind in erster Linie Beschäftigte schrumpfender Branchen, sind die Minderqualifizierten, die jederzeit ersetzt werden können, ist eine Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, die ständig von Arbeitslosigkeit bedroht ist, und schließlich die wachsende Zahl derjenigen, die auf Sozialtransfers zum überleben angewiesen sind.

Gibt man dem Druck der Konkurrenz durch entsprechende „Deregulierungen“ und „Privatisierungen“ weiter nach, so werden die Einkommen fast ausschließlich über den Profitmechanismus verteilt – Kapitalvermögen, Marktposition und (vom Markt akzeptierte) Leistung bestimmen ihre jeweilige Höhe. So ist die Spaltung der Gesellschaft, ihre Fragmentierung, unvermeidlich – in Kapitaleigner und Besitzlose, in arbeitende Spitzenverdiener und Inhaber von Billigjobs, in Arbeitende und Arbeitslose, in arbeitslose reiche Playboys und arbeitslose Arme der Unterschicht, in wohlhabende Pensionäre und Menschen, die die Altersarmut zum Betteln auf die Straße treibt. In den Sozialstrukturen der USA zeichnet sich diese Entwicklung bereits deutlich ab.

Mit dieser Krise werden soziale und politische Auseinandersetzungen ausgelöst, in deren Zentrum die Verteidigung von ökonomischen und sozialen Besitzständen steht. Aber die Verteidigung von Besitzständen hat in einer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft nicht viel Aussicht auf Erfolg. Gibt es eine Strategie zur sozialen Bändigung des Kapitalismus unter den neuen Bedingungen?

Dem ist eigentlich die Frage vorgelagert, mit welchem Gesellschaftsbild die Bürger in das nächste Jahrtausend gehen: Was ist der Sinn des Wirt-

schaftens heute, d. h. unter den Bedingungen eines hohen materiellen Wohlstandes für die Mehrheit der Bevölkerung in den alten Industrieländern? Überläßt man die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen mehr oder weniger dem Markt und den auf ihm herrschenden Konkurrenzverhältnissen oder wird die notwendige Marktregulierung durch staatliche Regulierungen und eine starke Solidargemeinschaft ergänzt?

Lange Zeit prägten die Vorstellungen von einem „Dritten Weg“, angesiedelt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Zukunftsvorstellungen von Sozialdemokraten. Aber im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist nicht nur der „reale Sozialismus“ zusammengebrochen – auch der „Dritte Weg“ ist endgültig gescheitert. Nun spricht man von einem „neuen dritten Weg“ und von der „neuen Mitte“, auf die gestützt dieser Weg beschritten werden soll. Aber die veröffentlichten programmatischen Papiere lassen eigentlich nur einen Schluß zu: Es handelt sich um die Fortsetzung der konservativen, neoliberalen Politik mit anderen Lösungen.

Die Krise des Akkumulation- und Regulierungsmechanismus des modernen Kapitalismus, die m. E. eine neue Phase des Kapitalismus einleitet, „eine transnationale Phase des Kapitalismus, in der das multinationale Großunternehmen und nicht der Nationalstaat die Institution darstellt, in der die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation zum Ausdruck kommt“²⁷, führte zu einem Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften: Von Keynes zu Friedmann d. h. von einer nachfrageorientierten Konjunktur- und Wirtschaftstheorie, die eine hohe Verantwortung des Staates bei Marktversagen postulierte, zu einer angebotsorientierten Theorie, die ausschließlich auf Kapitalverwertung und marktwirtschaftlichen Fundamentalismus fixiert ist und die Verbesserung der Bedingungen für Kapitalanleger, vor allem in Gestalt niedriger Löhne und niedriger Unternehmenssteuern, ins Zentrum rückt. An Stelle des „magischen Vierecks“ – Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz – treten zwei Ziele: Shareholdervalue und Geldwertstabilität. Von der sozialen Verantwortung des Staates und der Unternehmen ist nicht mehr die Rede. An die Stelle des sozialen Ausgleichs tritt in dieser Verknüpfung von Aktienkursen und Geldwert das unverhüllte Interesse des Groß- und Finanzkapitals, der Besitzer großer Vermögen, an der Verwertung ihres Kapitals.

„Der Finanzkapitalismus hat den Kapitalismus gewandelt, indem er mit

seinem Begriff von Kapital und Werten alle Sektoren der kapitalistischen Gesellschaft erfaßte.“²⁸ Man kann den Werteverfall zugunsten des rücksichtslosen Profitstrebens beklagen, wie das auch im Bericht des Club of Rome anklingt – aber im Grunde ist es ein Wertewandel, der dem ökonomischen Wandel in der Gesellschaft folgt.

8. Mögliche Optionen der Politik

Prinzipiell gibt es m. E. in dieser Situation nur drei mögliche Wege der Politik – zwischen denen es natürlich Abstufungen und Kompromisse geben kann, immer in Abhängigkeit von den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen:

1. Das Ansteuern „amerikanischer Verhältnisse“, d. h. die Demontage der sozialen Sicherungssysteme, die Umwandlung des „Sozialstaates“ in einen „Wettbewerbsstaat“ und die Ausrichtung der gesamten Gesellschaft auf die Sicherung der bestmöglichen Bedingungen für die Verwertung des Kapitals.

Hans Peter Martin und Harald Schumann beschreiben die soziale Entwicklung unter diesen Prämissen: Für mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung waren die letzten zwanzig Jahre ein sozialer Abstieg ohne Ende. Die Bruttolöhne aller Beschäftigten ohne Leitungsfunktionen lagen 1994 19% unter dem Niveau von 1973. Das untere Drittel der Einkommenspyramide hat in diesem Zeitraum 25% ihres Einkommens eingebüßt. Fehlende Krankenversicherung, sich verschlechternde Arbeits- und Wohnbedingungen, wachsende Armut und zunehmende soziale Unsicherheit – damit wird ein großer Teil der Bevölkerung konfrontiert. Die USA sind heute das größte Billiglohnland der Welt²⁹.

„Amerikas Kapitalisten haben ihren Arbeitern den Klassenkrieg erklärt – und sie haben ihn gewonnen.“³⁰

Zunehmend wird der „amerikanische Weg“ in der deutschen Presse von Unternehmern und ihren Standesvertretern sowie von neoliberalen und konservativen Politikern als der einzig mögliche Ausweg aus der gegenwärtigen Krise propagiert³¹. Dieser Standpunkt wird auch durch jenen Teil der offiziellen Wirtschaftswissenschaften unterstützt, der nach dem Paradigmenwechsel im Lager der „Angebotsökonomie“ steht.

2. Die Verteidigung des Sozialstaates, verbunden mit der Suche nach neuen Wachstumspfaden für die Wirtschaft und mit Konzepten zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Eine solche Politik kann sich heute noch der Unterstützung durch die absolute Mehrheit der Bevölkerung erfreuen. Ob sie erfolgreich ist, wird vor allem davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Arbeitslosigkeit einzuschränken.

Was die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme anbetrifft, so müßte man mit aller Konsequenz in drei Richtungen vorgehen: Verbreiterung der Basis, in dem alle Erwerbstätigen, also auch Beamte, Selbständige und Besserverdienende in die sozialen Pflichtversicherungen einbezogen werden; Herauslösen solcher Elemente aus der Versicherung, ihren Leistungen, die von der gesamten Gesellschaft getragen werden müssen und daher über die Steuer zu finanzieren wären. Schließlich müßte eine solidarische Finanzierung durch die Wohlhabenden und die Besserverdienenden aufgebaut werden (z. B. durch eine beträchtliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung).

Aber eine solche Strategie hat m. E. langfristig gesehen wenig Aussicht auf Erfolg, wenn sie sich nur auf die Verteidigung des Sozialsystems beschränkt. Ohne Umgestaltung des Systems der Erwerbsarbeit wächst die Arbeitslosigkeit weiter – und diese Massenarbeitslosigkeit wird früher oder später die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen lassen und den Sozialstaat hinweg fegen.

Beim System der Erwerbsarbeit anzusetzen ist um so notwendiger, weil für ein langanhaltendes und starkes Wirtschaftswachstum in den alten Industrieländern nicht nur die Voraussetzungen fehlen – es wäre auch vom ökologischen Standpunkt aus kontraproduktiv. Die Forderungen, zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung überzugehen, die sowohl den Entwicklungsländern, als auch den nachfolgenden Generationen die Chancen eines menschenwürdigen Lebens einräumen Würde, sind aktueller, denn je.

3. Sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, ausgerichtet auf Vollbeschäftigung, Umwelterhalt und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Für eine solche weitreichende Strategie zukünftiger Gesellschaftsgestaltung gibt es zur Zeit keinen gesellschaftlichen Konsens.

Im Mittelpunkt müßte m. E. die Umgestaltung des Systems der Erwerbsarbeit stehen – Arbeitszeitverkürzung; Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der sich vor allem sozialen und umweltverbessernden

Aufgaben widmet; soziale Gleichstellung der sogenannten Reproduktionsarbeit in der Familie; staatliche Förderung gemeinnütziger Unternehmen, deren Tätigkeit in erster Linie der Verbesserung von Lebensqualität im Wohnumfeld, in Kultur, Sport und Bildung dient u. a. m.

Ein weites Feld neu zu organisierender Erwerbsarbeit böte sich im Umweltbereich an: Staatliche Förderung der Entwicklung und Einführung ressourcensparender Technologien sowie alternativer Energiequellen und Energiespartechnik; Beseitigung von Umweltschäden und Einführung vorbeugenden Umweltschutzes; Reorganisation wirtschaftlicher Kreisläufe unter dem Aspekt der Transportvermeidung und damit der Entlastung der Umwelt u. a. m.

Geprüft werden müßte, wieweit solche Bereiche, wie Wohnen, Bildung, Kultur und Gesundheit, die mit Grundrechten und Grundbedürfnissen der Menschen verbunden sind, aus der Logik der Kapitalverwertung herausgenommen werden. Auf jeden Fall müßte in diesen Bereichen bei „Marktversagen“ der Staat regulierend und unterstützend eingreifen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist nicht denkbar ohne eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den Entwicklungsländern reale Möglichkeiten einräumt, an wirtschaftlichem Fortschritt zu partizipieren und gleichberechtigt an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen. Eine solche Neuordnung böte auch die reale Chance, die weitere Wirtschaftsentwicklung in allen Ländern mit Standards sozialer Sicherheit und Chancengleichheit zu verbinden, die dem Wohlstand in diesen Ländern entsprechen.

Notwendige Bedingungen für eine solche Entwicklung wären eine konsequente Neuorientierung der Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzpolitik des Staates, die konsequente Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Beschränkung der zügellos wachsenden Einkommensansprüche aus Vermögen, die Beendigung der Umverteilung von unten nach oben und das Heranziehen der Bürger zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

„In Deutschland tobt ein Streit, wohin sich diese Gesellschaft nach dem Ende des rheinischen Kapitalismus der Nachkriegszeit entwickeln soll. Der Mainstream geht dahin, diese Gesellschaft nach dem Modell des anglo-amerikanischen Turbokapitalismus zu deregulieren. Wir streiten für ein Modell, das die Begrenzung und Milderung des Kapitalismus an die Stelle seiner Entfesselung setzt und gesellschaftliche Solidarität neu begründet.

Dafür bedarf es eines Dreischritts aus ökologischer Erneuerung, Umverteilung von Erwerbsarbeit sowie einer allgemeinen Grundsicherung.“ Das erklärte Joseph Fischer in einem Interview auf die Frage „Wo wollen die Grünen hin?“ vor der Wahl der rot – grünen Bundesregierung. Wieviel bleibt doch auf der Strecke im Widerstreit von Ideal und Wirklichkeit....

9. Offene Fragen

1. Gibt es überhaupt Wahlmöglichkeiten in den politischen Strategien angesichts der in den letzten Jahrzehnten herangereiften, zum Teil durch die ökonomisch und politisch herrschende Oberschicht bewußt geschaffenen ökonomischen Bedingungen?

Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts vollzogen sich Veränderungen in den Verwertungsbedingungen des Kapitals, die in gewisser Beziehung mit der heutigen Situation vergleichbar sind. Friedrich Engels beschreibt 1894 die Krise des damaligen Reproduktionstypus mit folgenden Worten:

„Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die zunehmende Langsamkeit des Marktes für diese Produkte. Was jene in Monaten herstellt, kann dieser kaum in Jahren absorbieren... Die Folgen sind allgemeine, chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite: kurz die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen.“³² Und Engels verweist auf den Ausweg, den das Kapital genommen hat: Die Bildung von Kartellen, Syndikaten und Trusts zur Aufteilung der Märkte. Es war der Übergang zum Imperialismus, dessen Basis sich durch Konzentration des Kapitals und Entstehen einer neuen Finanzaristokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte.

Gab es zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch eine Alternative im Rahmen dieser Gesellschaft, mit der es möglich gewesen wäre, dem weiteren Verlauf der Geschichte eine andere Richtung zu geben? Mir scheint, daß, nachdem die Grundelemente des Imperialismus entstanden waren, der Spielraum für die Politik außerordentlich eng wurde.

Und heute? Die Elemente des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sehen wir bereits vor uns – gibt es eine gesellschaftliche Kraft, die in der Lage wäre, diese sich abzeichnende Entwicklung aufzuhalten oder in andere Bahnen zu lenken? Oder ist die Herstellung „amerikanischer Verhältnisse“ weltweit der einzige systemimmanente Ausweg des Kapitalismus aus den gegenwärtigen Widersprüchen?

2. Unterstellt, es gäbe einen demokratischen, gesellschaftlichen Konsens, den „anglo-amerikanischen Turbokapitalismus“ zu bremsen – wie wäre das umzusetzen? Gibt es einen Weg, wirtschaftspolitische Gestaltungskraft, die die Nationalstaaten in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr abgegeben haben, wieder zurückzugewinnen? Gibt es einen solchen Weg auf europäischer Ebene? Oder könnte man auf demokratische internationale Institutionen setzen, die über entsprechende Kompetenzen zur wirtschaftlichen Regulierung verfügen? M. E. verweisen die realen Machtverhältnisse solche Überlegungen eher in das Reich der Illusionen. Allein das Übergewicht der transnationalen Konzerne und des internationalen Finanzkapitals sowie ihres „Schutzpatrons“, der USA, Würde es ihnen ermöglichen, jeden Versuch in dieser Richtung im Keime zu ersticken.

Diese Konzerne bedürfen des Nationalstaates nicht mehr in der bisherigen Weise. Sie agieren weltweit, da kann der Staat ökonomisch nur stören. Die Massennachfrage auf dem jeweiligen nationalen Markt, organisiert mit Hilfe des Staates und seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung, sind für sie ohne besonderes Interesse, ja als „Kostenfaktor“ nur von Nachteil.

3. Wäre entgegen den heutigen, mittelfristig schlechten Aussichten für ein verstärktes Wirtschaftswachstum als Grundlage zur Stabilisierung des Sozialstaates auch eine andere Variante der Revitalisierung von Wirtschaftskraft denkbar? Etwa durch großflächige Innovationen, die eine mächtige neue Nachfrage auslösen? Oder durch einen beschleunigten Strukturwandel, mit neuen Impulsen für die Ausdehnung der Erwerbsarbeit? Oder stoßen wir bereits in den alten Industrieländern auf absolute Konsumschränken, so daß nur ein staatliches Eingreifen zu einer „gerechteren Verteilung von Arbeit“ und damit zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit führen kann?

4. Ist eine soziale und ökologische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

unter der ökonomischen Herrschaft des Groß- und Finanzkapitals überhaupt möglich? Ohne eine Einschränkung der Verfügungsgewalt des Kapitals über die Unternehmen und das Herauslösen wichtiger Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus der Logik der Kapitalverwertung und des Marktes bleibt m. E. eine solche Umgestaltung Wunschtraum – aber solche Veränderungen gegen den Widerstand des Groß- und Finanzkapitals durchsetzen zu wollen, erscheint als ein abenteuerliches Unterfangen.

„Bleibt uns nur eine Art Fatalismus und das Bewußtsein, daß der langsame Niedergang der Menschheit unvermeidlich oder unaufhaltsam ist? Genau hier liegt die gewaltige Herausforderung, vor der wir heute stehen. Eine globale Herausforderung verlangt nach einem globalen Lösungsansatz.“³³

5. Schließlich muß ich zugeben, daß ich immer noch nach einer überzeugenden und schlüssigen theoretischen Erklärung für die eingetretene ökonomische Situation suche. M. E. ist alles, was uns bisher vorliegt, wenig plausibel.

Die klassische bürgerliche Theorie – an die die Neoliberalen anknüpfen – kennt keine Wachstumsschwäche. Sie geht davon aus, daß wachsende Produktion wachsende Einkommen und damit wachsende Nachfrage schafft und sich so immer wieder ein wachstumsförderndes Marktgleichgewicht einstellt.

Massive Zweifel am automatischen Marktgleichgewicht meldete – wohl unter dem Eindruck der großen Weltwirtschaftskrise – Keynes an. Er forderte für den Krisenfall staatliches Eingreifen durch Kreditaufnahme für zusätzliche Staatsausgaben zur Ankurbelung der Nachfrage und damit für eine Art Initialzündung zur Rückkehr der Wirtschaft auf den Wachstumspfad.

Die sich auf Keynes berufende Wirtschaftspolitik versagte in den siebziger Jahren: Die höheren Staatsausgaben für entsprechende Konjunkturprogramme führten nicht zu den Wachstumsraten der vorangegangenen Konjunkturzyklen, sondern endeten in Inflation, niedrigen Wachstumsraten und höherer Arbeitslosigkeit.

Die Marxsche Erklärung lautet: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“³⁴

Aber zu Marx Zeiten folgte jeder Krise ein kräftiger Aufschwung, bei dem jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von zehn Prozent und mehr über die Zyklen hinweg keine Ausnahme waren – jetzt fehlt der auslösende Nachfrageschub nach der Krise, die Zuwachsraten bleiben sehr moderat, die Rede ist von einer „Wellblechkonjunktur“.

Geraten wir bereits in die Nähe dieser „absoluten Konsumtionsfähigkeit“? Ist der Sättigungsgrad auf den Märkten bereits so hoch, daß man nur noch moderate Zuwachsraten erwarten kann? Aber was geschieht dann mit dem Einkommen, das nicht als Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Erscheinung tritt? Anlage als fiktives Kapital oder als Mittel der Spekulation?

Nicht nur die Politik, auch die Wissenschaft erweist sich so als ziemlich ratlos gegenüber den gravierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüchen am Ende des 20. Jahrhunderts. Vielleicht können uns die Worte von Butros Gali trösten:

„Die Geschichte offenbart, daß diejenigen, die mitten im revolutionären Wandel stehen, nur selten dessen endgültigen Sinn verstehen.“³⁵

Statistischer Anhang

I. Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit

1. Die durchschnittlichen Jahresraten des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes in der Europäischen Union (in %)

	1980–1995	1990–1995
EU insgesamt	+2,0	+1,4
Deutschland	+2,0	+1,8
Frankreich	+1,9	+1,2
Italien	+1,9	+1,2
Großbritannien	+2,2	+1,2

(„Wirtschaft in Zahlen 1996“ – Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, S. 122)

2. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in der OECD und in ausgewählten Ländern von 1985–1995 (in Prozent – 1985=100)

OECD insgesamt	128,8
BRD	129,4
USA	129,9
Japan	132,9

(Berechnet nach: „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1996“, S. 98, „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1992“, S.77, „Leistung in Zahlen 89“, S. 35 – herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft)

3. Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den (Zivil-) Beschäftigten (in Prozent)

	1970	1991
Deutschland	49,3	31,2
Großbritannien	43,7	20,1
Italien	39,5	22,1
Frankreich	27,5	24,4
Japan	27,0	24,3
USA	26,4	17,5

(Entnommen aus „Wirtschaftswoche“ Nr. 6/94, S. 35)

4. Offizielle Arbeitslosenquoten 1990 und 1998 (in Prozent)

OECD insgesamt	6,3	7,1
Deutschland	6,4	11,1
Frankreich	8,9	11,8
Italien	1,2	12,2
Großbritannien	5,9	6,5
USA	5,5	4,6
Japan	2,1	4,2

(„Jahreswirtschaftsbericht 99“, S. 16, „Jahreswirtschaftsbericht 92“, S. 77)

5. Gegenüberstellung der Zunahme der Zahl der Beschäftigten und der Abnahme der Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland in den Jahren, in denen die Zahl der Beschäftigten um mehr als 100.000 wuchs (in 1.000 Personen)

	Beschäftigte	Arbeitslose
1978	+211	-37
1979	+433	-117
1980	+407	+13
1985	+200	+38
1986	+367	-76
1987	+198	+1
1988	+197	+13
1989	+375	-204
1990	+711	-155
1991	+442	-194

(„Leistung in Zahlen 89“, S.10; „Wirtschaft in Zahlen 92“, S. 12)

II. Zur Entwicklung der Konsumtion

1. Jahresverbrauch von ausgewählten Nahrungs- und Genußmitteln je Einwohner

	1975	1995
Fleisch (kg)	82,8	84,6
Frischmilcherzeugnisse (kg)	83,6	91,4
Butter u. Margarine (kg)	15,2	14,1
Eier (Stück)	288	224
Bier (Liter)	148,1	138,5
Wein (Liter)	23,3	22,2
Kaffee (kg)	4,7	6,2

(„Wirtschaft in Zahlen 1996“, S.32)

2. Ausstattung der Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern – in Prozent (Westdeutschland)

	1975	1980	1985	1990	1995
PKW	74,3	82,2	92,7	96,6	95,8
Farbfernseher	29,3	73,8	87,1	95,8	96,3
Telefon	46,8	86,4	93,7	98,0	99,3
Waschautomat	57,6	78,8	72,0	97,5	97,8

(„Wirtschaft in Zahlen 96“, S. 29; „Leistung in Zahlen 89“, S. 16)

3. Anteil einzelner Positionen an den Gesamtausgaben eines Vier-Personen-Haushaltes (in Prozent)

	1975	1995
Nahrungs- u. Genußmittel	29,8	21,8
Bekleidung	9,9	6,7
Miete, Energie	20,6	29,0
Verkehr, Kommunikation	13,8	19,1

(„Leistung in Zahlen 89“, S. 16; „Wirtschaft in Zahlen 96“, S. 28)

4. Bestand an Personen-und Kombi - Kraftwagen je 1 000 Einwohner

1972	1978	1983	1988	1993	1995
261	345	399	472	483	497

(„Wirtschaft in Zahlen 92“, S. 73; „Wirtschaft in Zahlen 96“, S. 77)

III. Zur Finanzierung des Sozialstaates

1. Anteil am Gesamtsteueraufkommen

	1970	1994
– der hauptsächlich durch die Lohnabhängigen zu tragenden Steuern	47,5%	63,9%
– der hauptsächlich durch Unternehmen und Selbständige zu tragenden Steuern	26,2%	13,6%

(Berechnet nach: „Unsere Steuern von A–Z Ausgabe 1996“ herausgegeben vom Ministerium der Finanzen – S.50/51)

2. Entwicklung des Bruttosozialproduktes, des Sozialbudgets und von Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushaltes (1975 = 100)

	1994
Bruttosozialprodukt	323,5%
Sozialbudget	317,8%
Ausgaben des Gesamthaushaltes	323,2%
Finanzierungsanteil des Staates am Sozialbudget	280,0%
Nicht sozialbedingte Ausgaben des Staates	355,6%

(berechnet nach „Leistung in Zahlen 89“ und „Wirtschaft in Zahlen 96“)

Anmerkungen

- 1 Berechnet nach Angaben des „Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland 1996“ Wiesbaden 1996, „Leistungen in Zahlen 89“ und „Wirtschaft in Zahlen 98“, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft.
- 2 Berechnet aus Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Wirtschaft.
- 3 Presseinformation, vgl. auch den statistischen Anhang Teil II Tabelle 3.
- 4 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahresheft 1/ 1989.
- 5 Berechnet an Hand des „Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland 1996“.
- 6 Berechnungen auf der Grundlage des Statistischen Jahrbuches 1991, „Wirtschaft in Zahlen 96“ und des Jahresgutachtens 96/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom November 1996.
- 7 Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes, Münster 1991.
- 8 Presseinformation des Statistischen Bundesamtes.
- 9 „Reformen für Beschäftigung. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 97“. S. 116.
- 10 Hans-Peter Martin/Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Reinbeck bei Hamburg 1996. S. 171.
- 11 Nach US-amerikanischen Quellen, zitiert im „Spiegel“ 39/1996.
- 12 „Wirtschaft in Zahlen 96“, S. 87–90, 100 und 101.
- 13 „Wirtschaft in Zahlen 98“, S. 96.
- 14 „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 97“ – herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft Bonn 1997, S. 14 diese Aufwertung war zum Nachteil für den deutschen Export, deshalb war die deutsche Industrie froh, daß gegenüber dem Dollar 1998 eine gewisse „Trendwende“ eintrat; auch der schwache Euro im Jahre 99 begünstigt den deutschen Export.

- 15 Vgl. Die 20 : 80 Gesellschaft. In: Die Globalisierungsfalle, S.9ff.
- 16 Robert B. Reich, Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt a. Main 1996. S. 14 (Hervorhebung von mir) – Robert B. Reich war Arbeitsminister in der ersten Regierungsperiode Clintons.
- 17 Spiegel, Nr. 13/1997, S. 29.
- 18 Eigenberechnung anhand der Daten des Statistischen Jahrbuchs 1998.
- 19 berechnet nach Angaben im Statistischen Jahrbuch 1998.
- 20 Siehe „Wirtschaft in Zahlen 98“, S.14.
- 21 ebenda, S. 36.
- 22 berechnet nach „Leistung in Zahlen 89“.
- 23 siehe „Wirtschaft in Zahlen 98“, S.160.
- 24 siehe Statistisches Jahrbuch 1998.
- 25 siehe „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1999“, S. 16.
- 26 siehe „Wirtschaft in Zahlen 98“, S. 170.
- 27 Eric Hobsbawm, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft. Carl Hanser Verlag München/ Wien 1998, S. 141/142.
- 28 Günter Reimann, Die Ohnmacht der Mächtigen. Leipzig 1993. S. 117.
- 29 Vgl. „Modell Amerika: Die Rückkehr der Tagelöhner“ in: Die Globalisierungsfalle. S. 164ff.
- 30 Lester Thurow, The Future of Capitalism. New York 1996, S. 80, zitiert in: Die Globalisierungsfalle, S. 167.
- 31 Beim FDP-Vorsitzenden Gerhard hört sich das so an: „Deutschland braucht Reformen für mehr Freiheit, für mehr Markt, für mehr Pioniergeist, für mehr Risiko- und Verantwortungsbereitschaft und für die Öffnung verkrusteter Systeme... weltweit konkurrieren deutlich über eine Milliarde Menschen, die rund 4 Dollar pro Tag verdienen, mit etwa 280 Millionen Menschen, die über 80 Dollar pro Tag verdienen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine komplette Runderneuerung unserer Gesellschaft und unserer Politik, um den Anschluß nicht zu verlieren, den internationalen Wettbewerb zu bestehen.“ (Aus der Rede auf dem Drei-Königs-Treffen 1997)
- 32 Karl Marx, Das Kapital., Bd. 3. Bertin 1949, S. 478/479.
- 33 Alexander King/ Bertrand Schneider; Die Globale Revolution. In: Spiegel Spezial. 1991, S. 74.
- 34 Karl Marx, Das Kapital. Bd. 3, Berlin 1949, S. 528.
- 35 Butros Gali, Foreign Affairs, March/April 1996, S. 86, zitiert in: Die Globale Revolution, S. 46.